

Preis 15 Pf.

2. Jahrgang. Nr. 18.

Verleger: „Sozialistischer Verlag G. m. b. H.“  
Wrestlan 1, Nikolajstraße 49/50.

Erscheint jeden Dienstag, Donnerstag und Sonnabend.

Preis 15 M.

Dienstag, 24. Februar 1920.

Verantwortlicher Redakteur: Ring 9087. — Tel.: 2142. —  
Redaktion: Wreslan 1, Nikolajstr. 49/50.

# Schlesische

# Arbeiter-Zeitung

Parteiblatt der Unabhängigen Sozialdemokraten.

Bezugspreis: Die Spalte Kolonialwaren über deren Raum 1 25 M., ansonsten 1 50 M.  
Stellen- und Wohnungsgeschäfte, Familiennachrichten, Verträge und Veranlassungen 0 60 M.  
Kleinanzeigen: Die Spalte Kolonialwaren über deren Raum, hinter Art 4. — M.

Verlagsnummer, Nr. 22885  
„Sozialistischer Verlag, G. m. b. H.“, Wreslan.

## Politische Chronik.

Zwei und eine halbe Woche lang ist die „Schlesische Arbeiter-Zeitung“ verboten gewesen. Und wenn sie heute erscheinen darf, so hat sie das keiner demokratischen Regierung der verantwortlichen Stellen zu danken, sondern der Solidarität und dem entschlossenen Vorgehen des Breslauer Buchdrucker-Gesellenvereins.

Es ist überflüssig, zum Verbote etwas zu sagen. Besser als wir es vermocht hätten, zeigt die Regierung selbst dadurch ihre innere Schwäche und ihren reaktionären Charakter. Beim Kommissar gab es gegen alle Schmerzen und Leiden ein Mittel: Aspirin. Ebenso eindeutig und übereinstimmend ist die Diagnose, welche die Regierung bei allen wirtschaftlichen und politischen Nöten stellt: die verfluchten Hecker von der U. S. B. und K. P. sind schuld, und dagegen hilft nur Noke und die Reichswehr. Es ist genau dieselbe politische Vorstellungswelt, in der Ruben-dorff, Kessel usw. gelebt haben, die die Revolution verbieten wollten. Es ist die Politik des Bogels Strauß. Kopf in den Sand! Nach uns die Sündflut!

Für uns ist die gegenwärtige Regierung nicht diejenige Macht, der unser Kampf gilt, sondern ein Faktor, der sich selbst sein Grab gräbt. Schon längst liegt die politische Macht nicht mehr bei der Regierung, sondern beim Militär, beim Großkapital, bei den Agrariern. Das haben die letzten Wochen durch ihren Proteststurm gegen die „Auslieferungsschmach“ dokumentarisch bewiesen. Warum sollten wir also gegen diese machtlose Regierung „hegen“? Nein. Die Regierung ist erledigt. Sie ist der Exponent der alten reaktionären Mächte. Und diese stürzen wir nicht durch Schimpfkanonaden, sondern nur durch die klassenbewusste Organisation der Macht des Proletariats in der Partei und in den Betrieben. Wir hegen nicht: Wir sagen, was ist: Und dieses A und O jeder sachlichen Politik ist allerdings etwas Unerhörtes und Aufreizendes gegenüber der befehlungslosen Stimmungsmache, gegenüber dem Schwall von Phrasen, Poses, Lügen und Illusionen, der das A und O jeder Katastrophopolitik ist (und namentlich der deutschen sogenannten Politik).

Nur in dieser Atmosphäre politischer Maßlosigkeit war es möglich, daß eine Frage von der untergeordneten Bedeutung der Auslieferungsschmach beinahe zu einer Krise geführt hätte, während man verständnislos vorbeigeht an einem Ereignis von der fäkularen weltgeschichtlichen Bedeutung des Friedens in Ostern.

Admiral Koltschak ist am 7. Februar mit seinem Premierminister von seinen eigenen Truppen erschossen worden.

Die Bolschewiki haben Odessa, Tiflis und Archangel genommen.

In dem von den Bolschewiki besetzten größeren Teile der Ukraine hat sich eine selbständige bolschewistische Republik gegründet. Zum Präsidenten der Republik wurde Petrowski ernannt.

Am 4. Februar wurde der Friede zwischen Sowjet-Rußland und Estland geschlossen.

Am selben Tage richtet die Sowjet-Regierung ein prächtiges Friedensangebot an Polen. Der Rat der Baltikommisare erklärt darin,

„daß die Politik der russischen sozialistischen Revolution Sowjet-Republik gegenüber Polen nicht von zufälligen Kombinationen, militärischen oder diplomatischen Kombinationen geleitet wird; sondern vom unerlöschlichen Prinzip des Rechts jeder Nation über ihr eigenes Schicksal zu entscheiden. Der Rat anerkennt und anerkennt bedingungslos und vorbehaltlos weiter die Unabhängigkeit und Souveränität der Republik Polen. Vom ersten Tage seiner Existenz an war der polnische Staat auf diese Existenz gegründet.“

Der Rat der Baltikommisare findet, daß es sowjetisch im Interesse Polens und Rußlands handelt, keine Frage territorialer, wirtschaftlicher oder anderer Natur gibt, die nicht auf friedlichem

Wege mittels Verhandlungen, Konzessionen oder gegenseitiger Abkommen geregelt werden könne, wie dies der Fall war anlässlich der Verhandlungen mit Estland . . . .

Die polnische Regierung hat in diesem Friedensangebot eine ausreichende Basis für Verhandlungen gesehen. Da die Entente nicht länger imstande ist, eine interventionistische Politik gegen Rußland zu unterstützen, so ist Polen gezwungen, mit Rußland Frieden zu schließen.

Am 12. Februar wurde in London das englisch-russische Abkommen über den Gefangenen-Austausch von D'Grady und Litwinoff unterzeichnet. Die Verhandlungen über die wirtschaftlichen Fragen werden fortgesetzt. Rußland würde vor allem Eisenbahnmateriale und landwirtschaftliche Maschinen einführen und mit Gold bezahlen. Wahrscheinlich wird in einiger Zeit auch Kadek an den Verhandlungen teilnehmen.

Am 16. Februar wurde zwischen Letland und Sowjet-Rußland ein Waffenstillstand geschlossen, der in Kürze zum Frieden führen dürfte. Endlich: am 17. Februar wird amtlich mitgeteilt:

Mit Rücksicht auf die trostlose Lage der deutschen Kriegsgefangenen in Rußland und die ungeklärte Lage der russischen Kriegsgefangenen in Deutschland hat sich die deutsche Regierung entschlossen, in Besprechungen mit dem hiesigen delegierten Bevollmächtigten der Sowjet-Regierung, Herrn Wigdor Kopp einzutreten.

Die Regierung ist sichtlich bemüht, auch in dieser Frage den starken Mann zu mimen, obwohl sie doch offenbar der unterlegene Teil ist. Die Lage der deutschen Kriegsgefangenen war in Sibirien — unter dem Terror des Hindenburg-Freundes Koltschak — wirklich trostlos, in Rußland selbst haben die Gefangenen nur unter denselben Entbehrungen zu leiden, unter denen das russische Volk (nicht wegen der Miswirtschaft der Bolschewiki, sondern wegen der Blockade durch die zivilisierten „demokratischen“ Staaten) zu leiden hat. Auch deutsche Industrie- und Wirtschaftstreife fordern immer dringlicher die Fühlungnahme mit Sowjet-Rußland. Die Regierung hat es jedoch ausdrücklich abgelehnt, diese Bestrebungen amtlich zu unterstützen und will es der deutschen Industrie überlassen, mit russischen Wirtschaftsverbänden von sich aus direkte Beziehungen aufzunehmen.

Man kann es der Regierung ja nachfühlen, daß sie, die zu ungezählten Malen den Sturz des Bolschewismus prophezeit und gemeldet hat, wie eine alte Jungfer durch die Lebensstrafe der russischen Sowjet-Republik verletzt und beleidigt ist. Aber angesichts der Unfähigkeit der Entente, in ihren eigenen Ländern der Wirtschaftskatastrophe Herr zu werden, und angesichts unseres Wirtschaftslebens ist diese Angstneurose der Regierung vor dem Bolschewismus ein unverantwortlicher Skandal, durch den das deutsche Proletariat dem Hungertode entgegengetrieben wird. Wir wollen hoffen, daß die Regierung am Handelsverkehr mit Rußland nicht einige Scheibefirmen fett werden läßt, sondern ihn zentralisiert und Waren gegen Waren austauschen läßt.

Mit wenigen Zeilen geht der größte Teil der Presse über diese Lebensfrage unserer Wirtschaft hinweg. Umso ausführlicher sind die Lamentos über die

## Auslieferungsfrage.

Es war eine Dorgie hieheren Lumpentums. **Wiederschlag — ein Ludendorff.**

Noke verordnete: Würde bewahren! Wilhelm junior Charleviller Andenkens wollte sich für sein geliebtes Volk wie Marcus Curtius opfern, aber Papa Wilhelm verbot es. „Genosse“ Auer — selbsterlöschend war eine infame Denunziation der Unabhängigen und Kommunisten schuld an

seiner Beschuldigung. — Auer wollte freiwillig gehen; glücklicherweise war er nicht angeklagt. Ein anderer dagegen, dem es noch am 2. Januar das „Gebot der Stunde“ dünkte: „Jeder Geforderte stelle sich!“ — Graf Max Montgelas bekommt einen Nervenschlag, als er seinen Namen auf der Liste sieht und schreibt am 6. Februar:

## Eine Ausgeburt des Wahnsinns!

Ich erkläre aber schon jetzt, daß die von mir Anfang Januar angeregte freiwillige Stellung bei der alle Begriffe übersteigenden Ungeheuerlichkeit der Liste nicht mehr in Frage kommen.“

Helden! —

Zwei Tatsachen stehen fest:

daß ungeheuerliche Barbareien begangen wurden und daß die deutsche Justiz diese Barbareien weder bisher bestraft noch den Willen bewiesen hat, sie von sich aus zu bestrafen.

Man lese die Schrift des Dr. Appens über Charleville, der niemand eine tendenziöse Färbung oder falsche Verallgemeinerung wird nachsagen können. Es ist von Offizieren massenhaft gestohlen worden. Die deutsche Industrie hat systematisch die französische Industrie zu zerstören gesucht. Man lese die Anklageschrift der Academie de Medicine über die Deportationen aus Lille. Man lese die Rechtfertigung der deutschen Regierung! Wenn im Anfang der Besetzung die belgischen Offiziere in Nachen verlangten, von den Bürgern durch Suchabnahmen gegrüßt zu werden, so befolgten sie nur die Methoden, welche die deutschen Offiziere z. B. in Charleville angewandt haben. In der Rechtfertigungsschrift der deutschen Regierung kann man lesen, daß die Bevölkerung Lilles mit vierzehntägigen Arrest von 6 Uhr abends bis 7 Uhr morgens und mit einer Geldstrafe von einer halben Million bestraft wurde, weil sie durchziehenden französischen Gefangenen Brot und Wein gereicht hatte. Frauen, junge Mädchen wurden von ihren Familien getrennt, in Viehwagen verladen und zur Zwangsarbeit aufs Land zum Straßenbau deportiert. Angehörige Bürger, Greise wurden in ungeheizten Wagen im Januar in ein Lager hinter der russischen Front gebracht. Die Ärzte hatten die Weisung, erst bei Erfrierungen dritten Grades die Leute krank zu schreiben! Gegenwärtigen wir uns dies alles! Es kann kein solidarischer Zusammenleben und Zusammenarbeiten der Völker geben, bevor diese Verbrechen gesühnt sind.

Die deutsche Bourgeoisie hatte Gelegenheit, die Wahrheit zu erfahren. Die deutsche Regierung kannte den wesentlichen Teil des Anklagematerials. Sie hat keinen der Verbrecher zur Verantwortung gezogen. Sie hat sich dadurch mitschuldig gemacht. Und darum gehören nicht nur die 900 Angeklagten vors Tribunal, sondern die ganze Gesellschaft, die alle ihre Schändlichkeiten ruhigen Blutes geduldet hat.

Diese Gesellschaft ist nicht national begrenzt. Auch auf französischer Seite sollen deutsche Gefangene erschossen worden sein. Auch die Entente hat nicht — wie es der Rektor der Universität Lille im Geiste Kants forderte — die menschliche Persönlichkeit stets als Selbstzweck behandelt, auch für die Entente waren die Kolonialsklaven bloßes Mittel ohne eigenes Menschenrecht.

Aber dies ist kein Argument gegen die Verurteilung der deutschen Verbrecher. Nur eines folgt daraus: ob deutsches Gericht, ob französisches Gericht — es ist beide Male ein bürgerliches und daher unzulängliches Gericht. Nur ein revolutionäres Gericht wird dem Recht zum Siege verhelfen.

Für das revolutionäre Proletariat ist es her durchaus gleichgültig, ob die Gerichtsfarbe

in Paris oder in Leipzig aufgeführt wird. Anders für die Regierung.

Die Regierung ist riesig stolz auf den diplomatischen Erfolg, den sie errangen zu haben glaubt. Hat sie wirklich Grund zu diesem Stolz? Uns scheint die Haltung der Regierung in dieser Frage recht blamabel und die Haltung der Entente äußerst berechnend.

Glaubt man wirklich, daß die Entente sonderlichen Respekt und sonderliches Vertrauen zur Stabilität einer Regierung haben kann, welche ihr feierlich gegebenes Versprechen nach wenigen Monaten nicht einhalten zu können erklären muß? Glaubt man, daß ein Leipziger Gerichtshof ohne die befürchtete Gefährdung der menschlichen Sicherheit durch die Reichswehr eine Verurteilung wird aussprechen und durchsetzen können. Hat doch sogar der Vorsitzende im Kesselprozeß Drohbriefe für den Fall der Verurteilung des Angeklagten bekommen. Und glaubt man, daß durch diese terroristische Stimmungsmache eines kleinen, aber — durch Noke! — mächtigen Teil der Bevölkerung durch diese Solidaritätserklärung mit allen Kriegsverbrechern unser Verhältnis zur Entente freundschaftlicher wird. Und hofft nicht gerade die Regierung stets auf den Speck und die Kredite der Entente?

Die Krise ist durch die Antwort der Entente nicht beseitigt. Sie steht vor uns. Die Reaktion ist drauf und dran, Zeitungen aufzulösen. Im Schädel chauvinistische Pogrombeben, in den Fäusten Gummiknüppel und Schlagriemen, fett genährt, stummkräftig, engstirnig — so rötet sie sich zusammen: nieder mit den Juden! Nieder mit der Regierung! Es lebe der Kaiser! Gestern erschlug sie die Führer des Proletariats. Heute schlägt sie pazifistische Redner blutig! Wen wird sie morgen erschlagen?

Wenn man die Krise überwinden will, dann muß die Reaktion entwaffnet und das Proletariat bewaffnet werden. Das wird und kann Noke nicht tun. Nicht nur durch ihre Latone, durch ihr Wesen gehört die Regierung der verendenden deutschen Bourgeoisie an. Sie lebt von Illusionen. Und so wird die Entwicklung mit zwangsläufiger Folgerichtigkeit nur über die Katastrophe und das Chaos zur Revolution führen.

„Alle großen Kultur-Verbrecher der vier Jahrhunderte haben sie [die Deutschen] auf dem Gewissen!“ sagte einmal Krieger. „Und immer aus dem gleichen Grunde, aus ihrer innerlichsten Feigheit vor der Realität die auch die Feigheit vor der Wahrheit ist, aus ihrer, bei ihnen zutreffend gewordenen Unwahrscheinlichkeit, aus „Idealismus“.“

Die Feigheit vor der Wahrheit — das ist die Seele der Korruption und des reaktionären Chaos.

Der Mut zur Wahrheit — das ist die Seele der Revolution.

Am revolutionären Proletariat wird das alte Wort zur Wirklichkeit werden: Und die Wahrheit wird Euch frei machen.

## U. S. P. und die dritte Internationale.

Wir hatten uns verpflichtet, unseren Genossen Kenntnis von einem Aufsatz zu geben, den das Westeuropäische Sekretariat der dritten Internationale an alle diese abgeschlossenen Parteigruppen erließ. Wir werden zu dieser Frage noch eingehend Stellung nehmen.

Der Vorstand der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands hat sich am 13. Dezember 1919 in einem Briefe an das Exekutivkomitee der Dritten Internationale gewandt, indem er ihm das auf dem Leipziger Parteitag angenommene Aktionsprogramm mitteilt, darauf hinweist und die Exekutivkomitee zu einer Konferenz einladet, auf der mit allen revolutionären Parteien über die Bildung einer schlagfertigen Internationale beraten werden soll.

deses Schreiben, zu dem das Exekutivkomitee... Stellung nehmen wird, wird jetzt... der unabhängigen Presse veröffentlicht, und... sind wir genötigt, die uns angeschlossenen... über unseren Standpunkt vorläufig... informieren.

Das Aktionsprogramm der Unabhängigen Sozialdemokratie stellt sich auf den Boden der proletarischen Diktatur als des Weges zum Sozialismus. Diese Stellungnahme ist ein Resultat des Kampfes, den die U. S. P. organisierten Arbeitermassen... 1 Jahre gegen ihre opportunistischen Führer... haben. Insonderheit ist der Beschluß zu begründen, als Sieg der proletarischen Elemente... über die opportunistischen, auf... Kompromiß mit der Bourgeoisie hinarbeitenden rechten Führer Partei. Aber in... diese rechten Führer der U. S. P. sich... Beschluß nicht unterworfen, sondern... verachtet haben, ihre bisher bekundete... jeder revolutionären Politik... dem Parteitag zu verteidigen, bedeutet... einseitige Annahme des Aktionsprogramms... Beweis dafür, daß die Elemente nur die... kopieren, die die Revisionisten in Dresden... getrieben haben, indem sie die Resolution... die Verschärfung des Klassenkampfes an... um praktisch ihre Durchführung zu... Daß die Vertreter der Massen der... diese Politik nicht durchschauen, be... an besten die Tatsache, daß sogar die... U. S. P.-Mitglieder den rechten Führern... schon auf dem Parteitag den ersten... zur Entwertung des Aktionsprogramms... unternehmen; nach von Unwahrheiten... Anlagereden der rechten U. S. P.-... wie Defar Sohn und Ledebour... der Parteitag eine Resolution abgelehnt... den selbstverständlichen Gedanken ausdrück... auf die Gewalt des Bürgertums das... mit Gewalt zu antworten haben... Die Diktatur unter Verzicht auf Gewalt... Anwendung ist ein Messer ohne Klinge und... Der dem Parteitag der U. S. P. D... seinen rechten Führern aufgedrungene... Verzicht auf den Gebrauch der Gewalt wird... der Massen der U. S. P. nicht hindern... Kampfe auf die Gewalt mit Gewalt zu... aber es zeigt den Willen der rechten... U. S. P.-Leute, den ihnen von der Arbeiter... aufgedruckten Diktatur-Standpunkt... in ein Spiel mit der Diktatur zu ver... Die Erfahrungen der Münchener... der ungarischen Revolution zeigten in... Maße die Gefahren einer solchen Politik... nichts anderes bedeutet, als daß bei der... einer Arbeiterregierung ihr bei... Schritt ihre angeblichen Anhänger Steine... die Füße werfen werden. Wie sich die... U. S. P. konkret den Kampf um die Diktatur

vorstellt, darüber sagt das Aktionsprogramm... Es gibt eine konkrete Perspektive... des wachsenden revolutionären Kampfes und... der in ihm zu befolgenden Taktik.

Wenn schon das Aktionsprogramm beweist, daß der Entwicklungsprozeß in der U. S. P. noch nicht abgeschlossen ist, so beweist dies doch mehr der Beschluß der U. S. P. über die Internationale. Gestellt zwischen die sich entwickelnde Dritte Internationale, der die revolutionäre Arbeitererschaft in allen Ländern immer mehr zustrebt, und den Leichnam der Zweiten Internationale, entscheidet sich die U. S. P. nicht dafür, der Dritten Internationale beizutreten, wie es die linken Unabhängigen forderten. Sie ist zwar gegen den Wunsch eines Teiles der rechten Führer der U. S. P. aus der gelben Internationale ausgetreten, aber sie beschloß, mit anderen Parteien über die Bildung einer revolutionären Internationale zu verhandeln. Die Kommunistische Internationale hat auf ihrem Kongreß ihren Standpunkt klargelegt. Nur die Annahme oder Ablehnung ihres Programms konnte bei prinzipieller Behandlung der internationalen Frage durch die U. S. P. die Ursache bilden zum Anschluß oder Nichtanschluß an sie. Der Parteitag der U. S. P. hütete sich, zu sagen, worin er sich programmatisch und taktisch von der Dritten Internationale unterscheidet. Die Gründe, die für den Nichtanschluß angeführt wurden, waren weder prinzipieller noch taktischer Natur. Es waren entweder Berufungen auf die beleidigte Parteiliebe oder die Angst, daß die Kommunistische Internationale es versuchen könnte, von Moskau aus die Politik der U. S. P. zu bestimmen. Wenn die Publikationen der Dritten Internationale die U. S. P. angriffen, so müßte das von jedem revolutionären U. S. P.-Mitglied, das gegen die Koalitions-politik seiner Führer mit der Mehrheitspartei protestiert, das die demokratischen Illusionen seiner Parteilührer sogar nach dem Austritt aus der Regierung bekämpft hat, nur begrützt werden. Indem die U. S. P. auf dem Kongreß erst jetzt sich zur Diktatur des Proletariats bekannte, hat sie völlig die Berechtigung der Angriffe der Kommunistischen Internationale auf ihre bisherige Taktik anerkannt, und daß sie bisher auf dem Boden der Diktatur nicht standen hat. Aus eben diesem Grunde wurde sie zur Gründung der Dritten Internationale nicht herangezogen. Was die Behauptung anbetrifft, daß die Kommunistische Internationale versuchen könnte, aus Moskau dem Proletariat irgendeines Landes konkrete Entscheidungen aufzudrängen, so erweist sich jeder Begründung. Die Kommunistische Internationale legt auf ihren Kongressen die aus der revolutionären Entwicklung resultierenden gemeinsamen prinzipiellen Grundlagen der Politik ihrer Teile fest. Wo die einstweilen erreichte

Entwicklungsstufe eine Gemeinsamkeit der Taktik in einer konkreten Frage noch unmöglich macht, dort muß jede Partei bestimmen, welche Maßregeln sie zur Erreichung des gemeinsamen Zieles benutzen kann. Die U. S. P. wird keinen Fall nennen können, in dem die Exekutive der Dritten Internationale einer Bruderpartei irgend welche Entscheidungen aufzudrängen versucht hat.

Falls die U. S. P. irgend welche taktischen und programmatischen Ausstellungen an der Dritten Internationale zu machen hat, so ist es die Pflicht des Parteivorstandes der U. S. P. D., dies öffentlich zu tun, damit er eine öffentliche Antwort bekomme. Das Programm und die Taktik der proletarischen Revolution ist die Sache der Arbeiterklasse, nicht der Konventikel der Führer.

Natürlich schließt die öffentliche Diskussion nicht Besprechungen von Vertretern der Organisationen aus. Eine solche Besprechung erfordert aber vorerst die Feststellung des Gegenstandes der Verhandlung, die öffentliche Vorbehandlung desselben, wie auch die Feststellungen, mit wem die Verhandlungen geführt werden sollen.

Der Parteivorstand der U. S. P. unterließ es, darüber zu informieren, was den Gegenstand der Verhandlungen bilden soll und mit wem die Verhandlungen geführt werden sollen. Obwohl die U. S. P. D. ihren Brief nicht nur an die Exekutive gerichtet hat, gibt sie der Exekutive nicht an, wer noch zu den Verhandlungen hinzugezogen werden soll. Wir erlauben uns, konkret anzufordern, ob der Vorstand der U. S. P. D. es vor hat, die deutsch-österreichische, schwedische, holländische Sozialdemokratie, die französische sozialistische Partei wie die Unabhängige Arbeiterpartei Englands einzuladen. Wir sagen es offen, daß wir jede Verhandlung mit der deutsch-österreichischen, schwedischen und holländischen Sozialdemokratie zwecks Bildung der revolutionären Internationale für unmöglich, die Verhandlungen mit der unabhängigen Arbeiterpartei England für aussichtslos halten. Die deutsch-österreichische, schwedische und holländische Sozialdemokratie stehen praktisch auf dem Boden des Opportunismus, der Koalitions-politik mit der Bourgeoisie. Die Unabhängige Arbeiterpartei Englands ist zum überwiegenden Teil opportunistisch und leitet die Diktatur des Proletariats ab. Es blieben also nur zwei Parteien, mit denen noch zu verhandeln wäre: die französische Sozialdemokratie und die Schweizer. Die französische Sozialdemokratie hat einen rechten Flügel, der vollkommen reformistisch ist. Mit ihrem Zentrum sind die Verhandlungen über die Zugehörung zur Kommunistischen Internationale so lange unmöglich, so lange er sich praktisch unter dem Einfluß der Renaudel-Thomas befindet oder wenigstens nicht den Willen kundgibt, die Mitarbeit mit diesen Helfershelfern der Bourgeoisie aufzugeben. Wir werden es be-

grüßen, wenn die Mehrheit der französischen Sozialdemokratie den Wunsch äußern wird, mit uns zusammenzugehen, und der Wahlkampf, den sie unter dem Banner der Verteidigung des Sozialismus geführt haben, erweitert in uns die Hoffnung, daß der Moment nahe ist, wo die revolutionären französischen Arbeiter ihre Führer nötigen werden, jedes Schwanken aufzugeben, den Weg des konsequenten, revolutionären Kampfes zu betreten.

Dann wird auch der Augenblick der Verhandlung zwischen der Kommunistischen Internationale und der französischen Sozialdemokratie gekommen sein. Es bleibt also — inwiefern Europa in Betracht kommt, und an Amerika konnte die U. S. P. nicht denken, als sie die Einberufung einer Verständigungskonferenz für Februar vorschlug — nur die Schweizer Sozialdemokratie. Die Schweizer Sozialdemokratie hat in direkter Abstimmung zwar den Austritt aus der Zweiten, aber nicht den Eintritt in die Dritte Internationale beschlossen. Sie drückt den Wunsch aus, nach dem Zusammenschluß aller revolutionären Elemente. Wir haben gezeigt, daß außer der Unabhängigen Sozialdemokratie keine außerhalb der Dritten Internationale stehende proletarische Massenpartei existiert, die für den Zusammenschluß zu einer revolutionären Internationale in Betracht käme. Auf diese Weise erledigt sich der Wunsch der Schweizer Sozialdemokratie am leichtesten, wenn sie sich mit der U. S. P. darüber verständigt, unter welchen Bedingungen sie dem einzigen internationalen Verband revolutionärer Parteien beitreten soll. Wir befürchten, daß die Schweizer Sozialdemokratie andere Bedingungen für den Eintritt in die Kommunistische Internationale angeben wird, als die U. S. P. Da die Dritte Internationale den Gebrauch der parlamentarischen Waffe ihren Mitgliedern nicht verboten hat, so kann es sich bei der Schweizer Sozialdemokratie, oder richtiger gesagt, ihren rechten Führern, nur darum handeln, ob die Dritte Internationale mit solchen revolutionären Maßregeln einverstanden ist, wie die Übernahme des Postens eines Polizeidirektors durch Sozialdemokraten in einem kapitalistischen Staat. Wir glauben nicht, daß dies die U. S. P. für einen erwünschten Gegenstand der Verhandlung mit der Dritten Internationale ansieht.

Es handelt sich also im gegebenen Falle nicht um den Zusammenschluß verschiedener Parteien zu einer neuen revolutionären Internationale, sondern um die Entscheidung der U. S. P. D., ob sie der dritten Internationale beitreten will. Für diesen Zweck sind heute keine internationale Verhandlungen notwendig. Zu diesem Zweck sind nur Verhandlungen zwischen der U. S. P. D. und der Dritten Internationale notwendig. Aber wir glauben, daß die Frage

**Die ewigen Arbeiter.**

(Aus einem Reich 24stündiger Arbeitszeit.)  
Eine soziale Wanderung von Kurt Eisner.  
Dem zweiten Band der gesammelten Schriften Kurt Eisners entnommen. Herausgegeben bei Paul Cassirer, Berlin.

Die Tragödie der großen Masse, der namenlos Vorübergehenden, Vorübergewekten, lebt und vollendet sich in der toten Ware, die allen diesen das Dasein ermöglicht. Die blutige Namenschrift der Waren entziffern, heißt die Bedingungen unseres gesellschaftlichen Daseins erkennen. Getrunnene Tränen, geschliffene Sehner, verwehte Lungen, zerhämmertes Hirn, dies sind die gesellschaftlichen Urlemente, die uns anhängen mit den natürlichen Stoffen und knapperfüßigen menschlichen Weisheit verbunden. Und je heller die Ware schimmert, desto dunkler ist die Hölle, in der sie geboren wird. Gabe es ein Gesetz, das den Käufer verpflichtet, jeder Ware einen Ursprungszeufl anzugeben, in der die soziale Zeugungsgeschichte Gegenstandes wahrheitsgetreu verzeichnet die verhärtete Menschheit würde diese Ur- urde nicht ertragen.

Der granatfarbene Spiegel aber menschlicher Art, die zur Ware wird, ist der Spiegel. Wenn sich selbst bespiegeln könnte, wenn er wieder- gäbe, nicht was vor ihm steht und das Echo seiner Existenz zu hören begehrt, sondern wenn er das Bild, die Bilder seiner Entfaltung wieder werden, das hellste Kristallglas würde er granzustante Anfluten erblinden. Eine Redensartion des Spiegels hat vor Jahren Ernst Schöndank der entlegenen Derselbheit identifiziert: die menschlichen Durchflüßer- Eleganzfallen in Jähri. Aber das ist nur die Station. Von Anbeginn bis zum Ende, von der Herstellung des ersten Rohproduktes bis zur letzten Veredelung wandert der Spiegel in werten Lagen und Dutzenden von Rei zu Rei. Die Einzelbarkeit und alle Qual der menschlichen Verfassung häufen sich in diesem wandelnden Glas, das dann den Selbst- schmerz der Schönheit zeigt. Vom Feuer zum Wasser und vom Wasser zum Feuer wandert das Glas, und indem in ihm die Spuren

der Unzulänglichkeit des Stoffes bis zum letzten Rest gelüht werden, schlepp es raslos häufend mit sich die Male gemarterten und zerbrochener Menschentums. In der Oberpfalz am bayerischen Wald, fernab von der großen Heerstraße, beginnt das Leben des Spiegels. In den Höllenglut der Glashütten opfern Menschen ihre Lungen, um das rohe Spiegelglas zu blasen. Zwar liegt man wohl im Konversationslexikon, daß die schon 1688 erfundene Glasgießerei das Blasen der Spiegelscheiben schon vollständig verdrängt habe, aber die Lungen von Menschen sind immer noch die billigsten Maschinen und so wird in der Oberpfalz das Spiegelglas eben immer noch geblasen. Die glühende Röhre, die der Glas- macher durch die Pfeife hin- und herzwingend mit dem Munde aufbläst, wiegt bis 80 Pfund und die Fertigkeit, die er anwenden muß, um den Haue der Hiesenschleife abzugreifen, die so empfindende Röhre zu spalten und sie dann in Klammern fest zu malzen, ist für den Zu- schauer unfaßbar. Dann wandert das rohe Glas in die Schleif- und Polieranstalten, die die Jungfäule des bayerischen Waldes besiedeln. Das Glasband des runden Waldes kommt in die ranzige Stille der Jähri. Auch hier wandert das Glas noch durch manche Hände, bis die Veredelung vollendet ist. Un- abhängig räumt das Wasser über die Hände des Arbeiters, der in den Polier- und Facettier- anstalten die Ranten anschliffen, die Hände schwellen auf wie Laichhäute, aber der Ar- beiter achtet das nicht, mit gespanntem Körper und starrtem Blick, unermüdet wiegt er dem spröden Glas die Facetten an. Draußen, ein paar Straßen weiter, hat wieder das Feuer die Herrschaft, hier erhalt der Spiegel seine Seele, den Metallbelag. Seit Schöndanks Schrift sind die Facetten, die Draußen be- ruhen, bis auf zwei angeprochen. Das Ge- wissen hat sich heiden begeben. Aber es ist trotzdem kaum viel besser geworden, denn nun müssen Arbeiterinnen in lärmender knapper Hüte, in Sommer und Winter überwärmen Kammern, die Luft voll starker Dämpfe, noch Stunden lang die Silberfäden auf dem Glas

bringen. Kein Laßzug ist zulässig, denn er würde schwarze Flecken in das Glas wehen. Mädchen von 16 Jahren verlieren in dieser Temperatur von 35 Grad und mehr schnell ihre Jugend, und Greisinnen mit 60 Jahren, deren verunzelter Körper notdürftig bekleidet, mühen sich gleichmäßig, stumpf und langst hoffnungslos geworden über derselben Arbeit, in der sich schon ihr Tod spiegelt. Ich war in einer der beheizten dieser Fürther Spiegelanstalten; die kurze Zeit meines Aufen- haltes genügte, um mich für ein paar Tage meiner Stimmittel zu berauben. . . Nun aber folgt auf die Tragödie das freche Satyrspiel. In der Veredelung des Glases gehen all die fleißigen Arbeiter zugrunde. Wenn aber der Spiegel fertig ist, wenn gar nichts mehr an ihm gearbeitet wird, dann veredeln sich plötzlich die Menschen, die mit ihm zu tun haben. Der Spiegel, der mit dem Hunger genährt wurde, solange an ihm gearbeitet wurde, beginnt auf einmal Geld zu heften, nachdem die Arbeit abgeschlossen ist. Die Menschen werden Mil- lionäre? Kommerziante, geheime Kommerzien- räte, sogar Wohltäter der Menschheit, stiften patriottische Denkmäler und fühlen sich als Herren der Welt.

In der Tat: der Spiegel ist die Ansamm- lung aller bedauern kapitalistischen Kontra- dictionen. Die längsten Arbeitszeiten kuppeln sich mit den niedrigsten Löhnen. Der Raubbau der Arbeiterkraft wuchert auf allen Lebensstationen seiner Herstellung. Die Arbeitstellung, die den Menschen zur Maschine macht, ist bis in die feinsten Details durchgeföhrt. Ein viel- faches, kompliziertes tätliches Zwischenmensch- liches, das einzelne Leute bereichert, brüht schmerz auf die Löhne der Arbeit. Die Arbeit selbst wird im- und hergeworfen zwischen toller Ueberarbeit und unpreiswürdigen Feiern: wenn die Röhre zu viel oder zu wenig Wasser haben oder wenn auf dem Markt Krise herrscht. Auf dem ganzen Wege wird nirgends unter gefunden, nicht einmal unter erträglichsten Verhältnissen gearbeitet. Uebergroße Hitze wehelt mit ver- heerende Hitze und Kälte. Gegenüber Staub, eisende Dämpfe, verstaubte Luft verweht

Krankheiten. Nirgends Schutz gegen gefährliche Unfälle. Schon die früheste Jugend wird in diesen Maelfrom verwüstender Arbeit hinein- geworfen, die Frauen werden noch schlimmer und schneller zerstört als die Männer, und selbst die verbotene Kinderarbeit blüht insgeheim und un- ausrottbar noch fort. Der aber, der endlich diese ungeheure Ernte des Todes in Geld um- münzt, leistet nicht einmal die organisatorische Arbeit des Unternehmertums. Er ist der Ex- porteur, der Händler, der die Saat mäht. Er leistet nicht nur gar nichts zur Herstellung des Produktes, er ist sogar befreit von aller kapita- listischen Verantwortung und jedem finanziellen Risiko. Diese Unternehmerintelligenz besteht darin, daß sie ohne jede eigene Leistung den höchsten Gewinn erzielt. Während die Arbeiter durch eine feindselige gemeinsame Gaspflicht an- einandergeketet sind, während sie — und zum Teil auch die kleinen Zwischenmeister oder Zwischenfabrikanten — die ganze Verantwortung für die möglichst große Produktivität der Arbeit auf sich nehmen, während einer bei anderen in seiner Arbeit kontrolliert, weil nicht nur mißratene Ware von dem Arbeiter erfert werden muß, sondern weil auch jede Pfuscherei eines Gliedes in der Kette alle in der Zeit- arbeit folgenden Glieder in ihrer Leistungs- und Verbienfähigkeit vermindert — bebarf der Kaufmann, der am Schluß erntet, was die anderen gesät haben, nur eines Hauptbuches und eines Selbstbrantes. Gerade in diesem System, wo nicht der Arbeiter und auch nicht der Fabrikant, sondern der Exporteur der Aus- beute ist, entblößt sich sinnfällig und wrent- schuldbar der Avertig einer Gesellschaftsordnung in der zugrunde geht, wer die Güter der Ge- sellschaft mit seinem ganzen Leben verantwortet, wo gebietet und emporkragt, wer verantwortungs- los nur die Arbeit der anderen rafft.

Am 21. Februar 1918 wurde Kurt Eisner durch die Presse von der Hand eines jungen Offiziers er- mordert. Heute ist der Mörder der Nationalheld.

des Anschlusses der U. S. P. an die Dritte Internationale nur dann schnell und entsprechend dem revolutionären Geiste der U. S. P.-Arbeiter erkämpft wird, wenn sie nicht als Angelegenheit der Führer, von geheimen Konjungen, sondern als öffentliche Angelegenheit der Massen behandelt wird.

### Karl Kraus:

Die Selbstlosigkeit, aus der deutsche Kulturhüter sich zu Protesten entschließen, ist wohl am deutlichsten in der Tatsache ausgeprägt, daß kein einziger von ihnen auch nur einen Augenblick vor der Möglichkeit erschrickt, man könnte seine Existenz zum Beweise heranziehen, daß in Deutschland gar keine Kultur in Gefahr ist. Vorbildlich bleibt die Unerblichkeit jener 93 Intellektuellen, die keine Lüge gescheut haben, um darzutun, daß Deutschland verleumdet werde, und die damit auch tatsächlich den Krieg gewonnen haben, der nur später durch die Ungunst der Verhältnisse wieder verloren ging. So aus der Lüge eine Wissenschaft zu machen und aus der Wissenschaft eine Lüge — das trifft keine andere Nation, und weil jede andere so natürlich geartet zu sein scheint, daß sie vor der Wirklichkeit der Not nicht Redensarten machen wird und daß sie den Sungen für eine respektwürdigere Tatsache hält als selbst Godelins, so glaube ich, daß sie so bald nicht in die Lage kommen wird, solche um jenes willen verkaufen zu müssen. Geologen wird ja überall, wo gedruckt wird in der Welt; aber weiß Gott, im Zentrum Europas ist der Mensch schon vollends nach dem Ebenbild des Journalisten geschaffen.

### Der Zerfallsprozess des Kapitalismus.

Zahlen reden Bände. Die Unhaltbarkeit der kapitalistischen Wirtschaftsform wird von Monat zu Monat breiteren Massen deutlich. Hier geben wir Material, das diesen Zerfallsprozess kennzeichnet, zunächst in Deutschland. Später werden wir auf den internationalen Verfall eingehen. Die Preise schnellen nicht nur bei uns in die Höhe, sondern ebenso in den Ländern, in denen die Bourgeoisie glaubt, gesiegt, oder „ein Geschäft gemacht“ zu haben, weil sie militärisch den Sieg davontrug. In Amerika, England, Frankreich, Italien steigen die Preise. Ebenso stukt auch dort überall die Produktion, einmal infolge der ungeheuren Rohstoffverwüstung während des Krieges, dann infolge des furchtbaren Raubbaues den die Unternehmer trieben, um rasch hohe Profite zu schlucken, endlich, weil die Arbeiterschaft überall die Luft verloren hat, den Kapitalisten die Taschen vollzustopfen und selbst elender zu leben und sich zu kleiden, als vor dem Kriege.

Die kapitalistische Wirtschaftsform, das ist das „System“ zu verdienen, indem der Einzelne die Gesamtheit als Ausbeutungssubjekt behandelt, um ungerichte Profite aus ihr zu saugen, das „System“ der Planlosigkeit, in dem es keine Bedarfsfeststellung gibt, in dem die Leistung für die Gesamtheit nur eine Nebenerscheinung ist, die zufällig bis zu einem nicht sehr hohen Grade mit dem Privatverdienst der Ausbeuter zusammenhängt.

Der kapitalistischen Produktionsanarchie entspricht die Sucht Absatzgebiete und Rohstoffquellen mit Gewaltmitteln zu erobern. Diese

### Genossen!

Werbt Abonnenten für die „Schles. Arbeiter-Zeitung“.

### Betrifft Sarrasani

Offerten über Erpachtung der Garderobe, über Bau eines Elefantenspodiums, über Fouflage und Futtermittel jeder Art, über Ankauf des gesamten Düngers von zirka 140 Tieren sowie seitens eines Theaterfriseurs werden umgehend entgegen genommen. Ebenso Offerten über Zimmer für das Personal. Die Offerten sind in zwei gleichlautenden Ausfertigungen einzureichen und zwar:

1. Direktor Sieck-Sarrasani, Hamburg, Cirkus Sarrasani,
2. Vorausreisender Vertreter Willi Peters, Breslau, Cirkus Buschgebäude.

Sucht hat dazu geführt, daß etwa 24 Millionen Menschen 4 Jahre lang verstorben. Statt zu schaffen und unter der tief verlogenen Parole „Für die Demokratie“ (drüben) oder „Mit Gott für Kaiser und Reich“ (hüben) ihre Brüder töteten.

Hier sind die Folgen für uns verzeichnet, die „herrlichen Zeiten“, denen uns Wilhelm entgegengeführt hat. Die Enderfolge Ludendorffs und Hindenburgs, die noch immer von sich glauben, ihre Pflicht getan zu haben.

A. Preiserhöhungen oder: was hat das werktätige Volk an Kriegskosten zu tragen

	alt. Preis	Erhöht. neuer Preis
1. Abflugspähren	3384,00	1016,00 4400,00 p. To.
2. Kupferblech	4967,00	388,00 5265,00 p. To.
3. Bleifabrikate	1800,00	300,00 2100,00 2 Str.
4. Kalkfelle (nah trocken)	34,20	31,00 65,20 p. Pf.
	43,10	62,00 105,10 p. Pf.

(Ein Kalkfell kostet jetzt etwa 980,00 Mk.)

5. Glas: Erhöhung des Feuerungszuschlags von 100% auf 230%

6. Möbel: Erhöhung des Feuerungszuschlags von 500% auf 1000%

Eisenindustrie nur letzte Steigerung:

Weichguß 25%, Schmiedeeiserne Stützungs- u. Flanschen 50%, Polz: Friedensmittel 43 Mk. pro cbm. Steigerung ca. 1017 Mk., jetzt 1060 Mk.

Lein: Steigerung das 25 bis 30fache des Friedensmittels.

Schellat: Steigerung das 80 bis 100 fache des Friedensmittels.

Rohseide: Steigerung seit Jahresbeginn 50%.

Das ist erst der Anfang, der natürlich auch nicht vollständig ist. Die ungeheuren Steigerungen machen sich auf jedem Gebiete bemerkbar. Die bürgerliche Presse und ihr rechtssozialistisches Anhängel versuchen die „Schuld“ auf die Arbeitsunlust abzuwälzen, die ihre Parteien selbst erzeugen, indem sie die Arbeitskraft vor der Ausbeutung ungeschützt lassen, und den Unternehmern mit Kostlos, technischer Nothilfe und Gesetzen zu Hilfe eilen! Die Unternehmer aber fordern durch ihre reaktionären Parteien zur „Wiedergesundung“: Senkung der Löhne auf ein „vernünftiges“ (!!) Maß, Abschaffung des Achtstundentags und Wiedereinführung der Akkordarbeit (damit das Heer der Arbeitslosen, das Heer der Lohnbrüder steigt! Dieses Heer schaffen sie sich selbst zu einem Teile dadurch, daß sie Betriebe, die sich für ihre Taschen nicht „genügend“ rentieren, einfach schließen). Sie fordern Abschaffung des Streikrechts durch ein Gesetz über den „Arbeitsfrieden“ und die Sozialverräter helfen ihnen. Aber wie geht es denn den Kapitalisten? Was „geben“ sie denn zur Gesundung des Wirtschaftslebens? Wähigen sie ihre Gewinne? Naun sie, deren Oer den Krieg verursachte, deren nationalstischer-militaristischer Schwundel den Zusammenbruch erzwang, bauen sie wieder auf? Ach nein, dazu haben sie den Proleten, den Lohnsklaven, den proletarisierten Mittelstand und die geduldbigen Schächten: die Beamten, die alles tragen, alles sich gefallen lassen, wenn sie nur vor einem Herrn Vor-gelesen im Steiß zucken dürfen!

Die Kapitalisten schaffen zunächst ihr vom „Sozialismus“ der Rechtler juchend bedrohtes Kapital ins Ausland. (Man kann nie wissen...). Die Kapitalisten trieben unter der Valutakonjunktur eine niederträchtige Exportpolitik. Die Kapitalisten zeigen keinerlei Interesse an der Erhöhung der Produktion, weil ja sonst die schönen Preise fallen müßten. Die Kapitalisten machen, wo ihr Kapital nicht in der Produktion arbeiten kann, viel bessere Handels-, Börsen-, Auslandsgeschäfte. Auf ihre Profite verzichten sie nicht. Die „Volkswacht“ brachte eine Tabelle, die wir voranstellen. Sie zeigt nur die Gewinnhöhe. Wir wollen aber feststellen, bei wie vielen die Profite gestiegen sind, trotz des Gemammers über die unverschämten Lohnforderungen und Materialpreise.

B. Gewinnverteilungen oder wie beteiligen sich die Ausbeuter an den Kriegskosten.

Tabelle I. Höhe Dividenden.

Wir fügen hinzu:

B. Wittkopff u. Co. (Tiefbau)	16
Zeitlinger Baumwollspinnerei	16
Zeitlinger (Papier-Wellstoff)	25
Hannoversche Gummiwaren	25
Hochfrequenz-Maschinen u. Co.	10
	Bonus Sit. A
	B
Baumwollspinnerei Zwidau	35
Kammgarntspinnerei Zwidau	35
Sachsenwerk	20
Kammwaren-Zurichterei u. Färberei Alt.-Gef. vorm. Walter in Marktstraße	60
(im Vorjahre 10 Proz.)	
Zeitl. Werte u. Co. in Sandbach b. Götzl. D.	30
Bonus	30
Kochener Seberfabrik Alt.-Gef. u. Co. für Stempfabrikation vorm. Segell in Dresden	25
Bonus	13
Bogeländische Zillfabrik Alt.-Gef. in Clausen	34
Konsolidiertes Brauwerk-Bergwerk „Caroline“ bei Olfleben u. Co. zu Magdeburg in Böhln	30
Sächsischer Zillfabrik u. Co. in Chemnitz-Papier	10
Bonus	18
Färberei Glaucha u. Co.	15
Bonus	12
B. Gitzel u. Co. für Tafelglasfabrikation in Halleberg	14
Bonus	12

Steingutfabrik Cobitz u. Co.	26
Zeichlorenwerke u. Kunstweberei Gladitz u. Co. in Wostz (Bogel)	25
Kammgarntspinnerei Scheibowitz u. Co.	25
Darßlowwerke u. Co.	25
Bremen-Besigheimer Seilfabriken	25
Borzellanaufabrik Rahl	25

### Tabelle II.

Die Profite sind nicht gesunken:

Firma	Zeit	Vorjahr
1. Braunschweig-Bann. Hypoth.-Bank	8 1/2 %	8 1/2 %
2. Meckan. Buntweberei Kirchheim	15 %	15 %
3. Elektrizitätswerk Großschlössdorf	6 %	6 %
4. H. Renner, Gerb- u. Farbstoffe	8 %	8 %
5. Schles. Boden-Credit-Union-Bank	7 1/2 %	7 1/2 %
6. Wunderlich & Co., Wismar	10 %	10 %
7. Sachsenwerk	20 %	20 %

Die Profite sind gestiegen:

Firma	Zeit	Vorjahr	Mehr
1. Buntstorf (Zement)	6 %	4 %	2 %
2. Waren-Liquidation Hamburg	4 1/2 %	0 %	4 1/2 %
3. Hochfrequenz-Maschin. u. Co. (Bonus A)	25 %	11 1/2 %	13 1/2 %
(Bonus B)	82,8 %	39,6 %	43,2 %
4. Rauchw.-Zurichterei u. Co. Marktstr. städt. Zwidau	60 %	10 %	50 %
5. Baumwoll-Spinnerei Zwidau	35 %	15 %	20 %
6. Ollersdorf-Werke u. Co.	8 %	0 %	8 %
7. Aktienverein Zwidau	7 %	5 %	2 %
8. Welfen-Zelligen u. Co. Maschin., Fahrzeuge	12 %	10 %	2 %
9. Zwidauer Kammgarnt-Spinnerei	35 %	25 %	10 %
10. B. Wittkopff u. Co. (Tiefbau)	15 %	7 1/2 %	7 1/2 %

Firmen, deren Dividende gesunken ist, gibt es einige wenige und es handelt sich dabei ausschließlich um solche, die für den Gesamtproduktionsprozess nicht sonderlich ins Gewicht fallen. In dem zur Verfügung stehenden Material (bürgerliche Handelszeitungen), denen alle Zahlen der vorigen Tabellen entnommen sind, kommen nur vier Firmen mit Dividendensenkungen vor! Nämlich: Westdeutsche Bodenkredit mit 6 % (Vorjahr 6 1/2 %) und Magdeburger Hagel-Versicherung mit 12 2/3 % (Vorjahr 19 %), Berliner Fäulspinnerei mit 6 % (Vorjahr 10 %) und Nürnberger Vereinsbank mit 10 % (Vorjahr 11 %)! Die Dividendenvorschläge der Banken zeigen durchschnittlich ebenfalls eine Erhöhung des Verdienstes.

(Nach Zeitl. Ztg.)

1. Deutsche Bank schlägt 12 % (Vorjahr 12 %)
2. Disconto-Gesellschaft unbekannt
3. Darmstädter Bank schlägt 7 % (Vorjahr 6 %)
4. Berlin-Handels-Gesellschaft will erhöhen (Vorj. 8 1/2 %)
5. Nationalbank-Deutschland " " 5 1/2 %)
6. Dresdener Bank könnte erhöhen " " 7 %)
7. Commerz- u. Disconto-Bank (ist die Dividende noch nicht zu übersehen)
8. Mitteldeutsche Creditbank kann leicht die vorjährige (7 %) zahlen
9. Berliner Hypothekbank schlägt 5 1/2 % (Vorj. 4 1/2 %)
10. Nürnberger Vereinsbank schlägt 10 % ( " 11 %)

Und wie der Handel blüht, davon braucht man ja heute nicht mehr zu reden.

Die Notwendigkeit, in diesen Zerfallsprozess einzugreifen, der durch die Profitgier zum Erwerbssystem erhebende Kapitalismus erleidet, um ihn durch eine planmäßige Organisation der Produktion, der Verteilung der Produkte und eine planmäßige Ausnutzung der vorhandenen Rohstoffe, Produktionsmittel — und Kräfte zu erregen, den Willen zur Arbeit durch Schutz der Arbeit vor der Ausbeutung zu stärken, also die Notwendigkeit der Durchführung des Sozialismus ist klar. Die Sozialverräter verhindern ihn noch, indem sie den Massen demokratischen Sand in die Augen streuen und sich auf die Güte der Ausbeuter verlassen. Aber das Proletariat wird durch die wirtschaftliche Entwicklung geweckt werden und in hellen Scharen einmütig unter dem Banner der revolutionären Parteien die Diktatur der Schaffenden der Diktatur der Ausbeuter entgegensetzen!

### Referentenmaterial.

Das Zentralkomitee U. S. P. D. gibt alle 14 Tage für die Funktionäre Referentenmaterial heraus. Bestellungen von den Einzelgenossen bei den Ortsgruppen, von Ortsgruppen bei den Kreisleitungen, von Kreisleitungen bei den Bezirksleitungen.

### Aus der Provinz.

Striegau. In Striegau ist die sozialdemokratische Mehrheit der Stadtverordnetenversammlung, die erklärt hatte, mit dem Bürgermeister Rüdiger wie auch mit dem Ersten Bürgermeister Preuß nicht mehr zusammenarbeiten zu können, in den angefangenen Proteststreik eingetreten und beharrt auf der Forderung der Abhandlung der beiden Bürgermeister. Auf Ersuchen des Magistrats fand, wie der „Strieg. Anz.“ berichtet, am Montagabend eine gemeinschaftliche Sitzung des Magistrats mit dem Stadtverordnetenkollegium statt, in der über die Möglichkeit der Fortführung der städtischen Geschäfte beraten werden sollte. Erster Bürgermeister Preuß gab eine

Darlegung der Vorgänge, die zu dem Streik geführt hatten, und teilte mit, daß ihm von der sozialdemokratischen Fraktion eine schriftliche Erklärung des Inhalts zugegangen sei, daß sie an keiner Sitzung teilzunehmen werde, so lange Bürgermeister Rüdiger noch im Amt sei. Damit sei sein Versuch, eine Einigung herbeizuführen, gescheitert. Darauf schloß er die Sitzung. — Man nimmt an, daß nunmehr die Aufsichtsbehörde eingreifen wird.

Soweit die „Schlesische Zeitung“. Die solche „Eingriffe“ in letzter Zeit auszuführen pflegen, zeigt eine Notiz des „Berliner Tageblatts“.

Wir erhalten folgende Zuschrift: Die sozialdemokratisch-demokratische Mehrheit des Kreisrates Lebus hatte den demokratischen Agrarpolitiker und langjährigen Reichstagskandidaten Lehrer Bausch zum Landrat vorgeschlagen. Der Minister des Innern hat aber lehnte die Ernennung des Demokraten ab und verlangte die Wiederwahl des damaligen Landrats, des Leiters der Reichsgereidestelle Kleiner, der dann auch vom Kreistage infolge plötzlicher „Sinnesänderung“ der Mehrheitssozialisten in einem späteren Vorgange gewählt wurde. Kleiner ist ein alter Vorkämpfer der konservativen Partei und Vertrauensmann des Großgrundbesitzes gewesen und heute Mitglied der Deutschen Nationalen Volkspartei.

Der „Genosse“ Heine wird auch seine Striegauer Lammchen wieder zur „Reifen“ bringen. Hoffentlich erwachen sie, bevor die Rechtssozialisten in Regierung, Parlament, Parteivorstand und Gewerkschaften der Reaktion die ganze Macht in die Hände gespielt haben. Wenn man die nachfolgende Notiz der „Volkswacht“ liest, hat man allerdings nicht viel

Neu!

Upton Sinclair „Jimmie Higgins“  
Roman des revolutionären Sozialisten  
Preis 6.60 Mk.

Aktionsprogramm vom Dezemberparteitag  
Preis 0.10 Mk.

Liebknecht Zuchthausurteil  
Preis 3.30 Mk.  
und vieles andere.

Besuchen Sie unseren Laden  
**Nikolaistr. 49/50!**  
Kein Kaufzwang!

Hoffnung. Da jammert ein Rechter: Falsche Politik. Bekanntlich hat die sozialdemokratische Stadtverordnetenfraktion beschlossen, an keiner Sitzung mehr teilzunehmen, so lange Bürgermeister Rüdiger im Amt ist. Am Montag fand nun eine Sitzung der Stadtverwaltung statt, an der auch drei Personen teilnahmen, die von der sozialdemokratischen Fraktion hineingewählt sind. Bürgermeister Preuß stellte nun an die drei Personen die Frage, ob sie sich an die Erklärung der sozialdemokratischen Fraktion gebunden halten. Dagegen der eine nicht gewillt war, eine Erklärung abzugeben, wurde ihm eine schriftliche Herausgabe. Als ein Mitglied erklärte, daß er sich an die Erklärung gebunden fühle und sie hochhalte, wurde ihm vom Bürgermeister Preuß erklärt, daß er die Sitzung zu verlassen habe. Wir fordern deshalb alle Genossen, die einer Deputation angehören, auf, jede Erklärung zu verweigern, da Bürgermeister Preuß nicht berechtigt ist, eine solche zu verlangen. Was sagt die bürgerliche Fraktion dazu?

Deutsch-Lissa. Am Freitag wird vor dem Breslauer Schwurgericht gegen eine Reihe von Teilnehmern an der Lebensmittelkonsumfraktion der Mehrheitssozialisten vom März vorigen Jahres verhandelt. Die Anklage ist wegen „Landesfriedensbruch“ erfolgt. Sie werden über den Prozess berichten.

Lokales.  
Breslau, 24. Februar 1920.

Achtung! Parteigenossen!  
Heute Dienstag 7 1/2 Uhr:  
**Rednerkurs**  
Lokal zur „Saketspost“, Weiße Ode.

Zu wahren Volksbildungsklassen werden sich immer mehr die Distriktsabende der U. S. P. D. besonders ist es der Distrikt 9, der von hier aus an jeden Donnerstag bei Schulz, Düsseldorfstr. 12, LeutenstraÙe, abends 7 Uhr, tag und Nacht dreimal einmal in Lokal wechseln muß, weil die Teilnehmer nicht mehr faÙt. Neben politischen und ökonomischen Debatten pflegt er Naturwissenschaften. Gäste willkommen.

